

Information nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Abteilung Finanzen und Controlling der Stadt Wolfenbüttel

Die Abteilung Finanzen und Controlling der Stadt Wolfenbüttel verarbeitet personenbezogene Daten. Dazu gehören Daten, welche Sie uns zur Verfügung stellen und/oder welche wir von Dritten über Sie erheben bzw. erhalten. Um Sie über die Datenverarbeitung und Ihre Rechte aufzuklären und unseren Informationspflichten gem. Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) nachzukommen, informieren wir Sie über folgende Umstände:

1. Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung: Stadt Wolfenbüttel, Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel, Telefon: +49 5331 86-0, E-Mail: stadt@wolfenbuettel.de, vertreten durch den Bürgermeister.

Verantwortliche Stelle: Zweckmäßigerweise werden die personenbezogenen Daten vorrangig durch die nachfolgend bestimmten Stellen innerhalb der Behörde verarbeitet: Stadt Wolfenbüttel, Amt für Finanzwesen, Abteilung Finanzen und Controlling, Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel, E-Mail: finanzen@wolfenbuettel.de; stadtkasse@wolfenbuettel.de; vollstreckung@wolfenbuettel.de

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten:

Stadt Wolfenbüttel, Behördliche Datenschutzbeauftragte, Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel, Telefon: +49 5331 86-430, E-Mail: datenschutz@wolfenbuettel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

Die Abteilung Finanzen und Controlling verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke der Durchführung des debitorischen und kreditorischen Rechnungs- und Vollstreckungswesens, u.a. auch für Ermächtigungen zum Einzug von Forderungen durch Lastschriften (SEPA- Lastschriftmandat) und für Angelegenheiten im Mahn- und Vollstreckungswesen. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitungstätigkeiten der Stadt Wolfenbüttel ergibt sich aus § 3 S. 1 Nr. 1 und S. 2 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 lit. c und e DS-GVO und den nachfolgend genannten Rechtsvorschriften:

3.1 Haushaltswirtschaft

- Bewirtschaftung und Überwachung von Erträgen, Forderungen sowie Aufwendungen und Auszahlungen (§§ 25, 27 KomHKVO)
- Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen (§ 34 KomHKVO i. V. m. §§ 222, 227, 261 AO)

3.2 Buchführung

- Buchung von Forderungen und Verbindlichkeiten (Debitoren-/Kreditorenbuchhaltung) sonstiger Geschäftsvorfälle §§ 36 ff. KomHKVO
- Inventur, Inventar § 39 KomHKVO
- Belegverwaltung §§ 37, 38 KomHKVO

3.3 Stadtkasse und Vollstreckung

- Durchführung des Zahlungsverkehrs: Annahme der Einzahlungen und Leistung der Auszahlungen, Verwaltung der Finanzmittel sowie Belegbearbeitung und Zahlungsdokumentation (§ 42 KomHKVO)
- Mahnung und Betreuung von Forderungen einschließlich deren Vollstreckung (§§ 4, 6 Abs. 1, 21 a Abs. 1 Niedersächsisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz (NVwVG)); die Vollstreckungsbehörde darf demnach auch ihr bekannte Daten bei der Vollstreckung anderer öffentlich-rechtlicher Geldleistungen verwenden

3.4 SEPA - Lastschriftmandate

- Die Abgabe von SEPA-Lastschriftmandaten erfolgt freiwillig. Die damit einhergehende Verarbeitungstätigkeit der erforderlichen personenbezogenen Daten beruht auf der Einwilligung betroffener Personen. Die Rechtsgrundlage bildet Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO.

Sofern die Verantwortliche personenbezogene Daten zu einem anderen als dem ursprünglich angegebenen Zweck verarbeitet, wird die betroffene Person hierüber nach Maßgabe des Art. 13 Abs. 3 DS-GVO informiert.

Weitere Rechtsgrundlagen zum Zwecke der Datenverarbeitung sind:

- SEPA-Begleitgesetz / Regelungen zum SEPA-Lastschriftverfahren
- Zivilprozessordnung (ZPO).

4. Kategorien personenbezogener Daten:

Es werden insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben; z.B. Vor- und Zuname, Straße und Hausnummer, Postleitzahl und Ort, E-Mail-Adresse, Telefonnummer
- Informations- und Bearbeitungsangaben; z.B. Bankverbindungen, Angaben zu geleisteten und erstatteten Zahlungen, Einnahmen und Ausgaben (sofern für die Bearbeitung Ihrer Angelegenheit erforderlich)

Besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 DS-GVO, sogenannte „sensible Daten“, erheben wir nur dann, wenn diese für das jeweilige Verwaltungsverfahren erforderlich sind.

5. Erhebung von Daten bei Dritten

Die Erhebung personenbezogener Daten erfolgt grundsätzlich bei der betroffenen Person selbst. Davon abweichend ist die Verantwortliche befugt, personenbezogene Daten **bei Dritten** zu erheben (Information gem. Art. 14 DS-GVO), soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind:

- Elektronisches Melderegister
- Elektronische Haushalts-, Kassen- und Steuerprogramme
- Andere Behörden
- Andere Beteiligte im Rahmen ihrer Drittschuldner-Verpflichtung (z.B. Arbeitgeber, Kreditinstitute)

Erhebt die Verantwortliche darüber hinaus ausnahmsweise Daten bei Dritten, wird die betroffene Person nach Maßgabe des Art. 14 DS-GVO einschließlich der Quellenangabe informiert.

6. Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten ergeben sich aus dem Vollstreckungswesen und Regeln des Zahlungsverkehrs sowie den Haushaltswirtschaftsgrundsätzen, insbesondere den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (§ 36 Abs. 2 KomHKVO) und der Belegpflicht (§ 38 Abs. 4 KomHKVO). Eine Nichtbereitstellung der Daten führt dazu, dass Zahlungen nicht zugeordnet und verbucht werden können.

In Zweckerfüllung der Vollstreckungsbehörde ergibt sich die Pflicht zur Bereitstellung von sachdienlichen Hinweisen aus § 21a Abs. 2 NVwVG und kann bei Nichterfüllung ggf. mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden.

7. Empfänger oder Kategorie von Empfängern personenbezogener Daten:

Die Verantwortliche übermittelt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person. Personenbezogene Daten, die zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs erforderlich sind, werden an Kreditinstitute übermittelt, um die Auszahlungen den Zahlungsempfänger/innen zuordnen zu können. Ferner werden regelmäßig personenbezogene Daten zu Zwecken der Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Wolfenbüttel gem. §§ 153 ff. Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) verarbeitet. Darüber hinaus können die Daten ggf. durch die behördliche Datenschutzbeauftragte im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung gem. Art. 39 DS-GVO sowie weiteren internen Stellen wie der IT-Abteilung oder das Rechtsamt verarbeitet werden. Weiterhin dürfen die Daten an andere inländische und aufgrund EU-Recht/Internationaler Vereinbarungen, an ausländische Behörden und Gerichte innerhalb der EU weitergeleitet bzw. herausgegeben werden, sofern dies gesetzlich erlaubt bzw. vorgeschrieben und für die Fallbearbeitung erforderlich ist. Eine Datenweitergabe an Drittländer außerhalb der EU oder an internationale Organisationen findet nicht statt. Übermittelt werden dürfen nur die im Einzelfall zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlichen Daten.

8. Speicherfristen der Daten

Die Verantwortliche speichert personenbezogene Daten nur so lange, wie dies für die Erreichung des unter Nr. 3 genannten Zwecks erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine Speicherung vorschreiben. Sofern keine anderweitigen, einzelfallbezogenen oder fachrechtlichen Aufbewahrungsfristen gelten, speichert die Verantwortliche die Daten gem. § 41 Abs. 2 S. 2 KomHKVO zehn Jahre ab dem 01. Januar des der Feststellung des Jahresabschlusses folgenden Haushaltsjahres (Art. 5 Abs.1 lit. e i. V. m. Art. 17 Abs. 3 lit. b, e DS-GVO). Kassen- und Rechnungsbelege werden nach den kassenrechtlichen Bestimmungen 10 Jahre vorgehalten.

9. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DS-GVO insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- Recht auf **Datenberichtigung**, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO). Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.
- Recht auf **Einschränkung der Datenverarbeitung**, sofern die Daten unrechtmäßig

verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Stadt Wolfenbüttel gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

- Recht auf **Datenübertragbarkeit**, sofern die Verarbeitung mithilfe eines automatisierten Verfahrens und auf Grundlage einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO erfolgte. In diesem Fall kann eine betroffene Person von der verantwortlichen Stelle die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format verlangen (Art. 20 DS-GVO).
- Recht auf **Widerruf**, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf der Grundlage einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO erfolgte. In diesem Fall hat eine betroffene Person gemäß Art. 7 Abs. 3 Satz 1 DS-GVO das Recht, ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt.
- Recht auf **Widerspruch** gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).
- Recht auf **Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde**:
Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Telefon: +49 511 120 4500, E-Mail: poststelle@ldf.niedersachsen.de, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden (Artikel 77 DS-GVO).

Bis auf den letzten Punkt können betroffene Personen ihre o.g. Rechte gegenüber der Verantwortlichen oder direkt gegenüber der verantwortlichen Stelle wie unter 1. aufgeführt geltend machen.

10. Einschränkung der Rechte

Die Rechte für betroffene Personen können gemäß Artikel 23 DS-GVO beschränkt werden und Bundes- und Landesgesetzgeber haben diese Möglichkeit zumindest teilweise auch genutzt. Sollten Sie von den oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Wolfenbüttel daher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall erfüllt sind.